

Pensionskassen: Die Lehrer bleiben hart

FORDERUNGEN Kurz vor der Grossratsdebatte über die Pensionskassen zeigen die Vertreter der Lehrpersonen keine Kompromissbereitschaft: Sie halten an ihren Forderungen fest und wollen notfalls das Referendum ergreifen.

«Wir wollen nicht zwischen Pest und Cholera wählen»: Mit diesen Worten brachte Christoph Zürcher, einer der Arbeitnehmervertreter in der Verwaltungskommission der BLVK, die Skepsis auf den Punkt. Aus seiner Sicht kommt der sogenannte Kompromiss, den die zuständige Grossratskommission für die Pensionskassenvorlage ausgearbeitet hat, dem Horrorszenario sehr nahe. Zürcher sprach «von einem Scheinkompromiss auf dem Rücken des Personals», den bisher – unter Auflagen – auch linke Grossräte mittragen.

Damit sprach Zürcher den Delegierten der Lehrerversicherungskasse BLVK, die sich gestern im Rathaus versammelt hatten, aus dem Herzen. Sie hielten einstimmig an ihren Forderungen fest und lehnten den Kompromiss vehement ab. Dies als Zeichen an den Grossen Rat, der in der Junisession über die Pensionskassenvorlage entscheidet.

1,9 Milliarden verlangt

Die Forderungen der BLVK-Versicherten gehen weit: Unter anderem soll der Kanton 1,9 Milliarden statt 830 Millionen Franken aufwerfen, um die Unterdeckung restlos zu tilgen (Stand: Ende 2011). Bisher hatten die BLVK-Delegierten auch noch eine Milliarde für Wertschwankungsreserven verlangt; davon war gestern nicht mehr die Rede.

Mehrere Redner fanden, wenn nötig müsse man ein Referendum der Personalverbände gegen die Pensionskassenvorlage unterstützen. Entsprechende Vorarbeiten laufen bereits, wie Jürg Boss, Präsident der BLVK-Delegierten, sagte. Die Position ist klar: Angesichts des Lohnrückstands gegenüber den anderen Kantonen dürfe es nun nicht noch eine Verschlechterung der Altersvorsorge geben. Sonst werde Bern in absehbarer Zeit Mühe



Wollen mehr Steuergeld für ihre Pensionskasse BLVK: Lehrpersonen an der grossen Personalkundgebung vom März 2013 auf dem Bundesplatz.

Keystone

haben, qualifizierte Lehrpersonen zu finden. Darunter werde die Bildungsqualität leiden.

Zwar sollen die Leistungen der BLVK gemäss der Kompromissvariante nicht gekürzt werden.

VERTEILUNG DER LASTEN

«Wir sind auch Steuerzahler.»

In der Debatte über die Pensionskassen wird regelmässig – auch in dieser Zeitung – aufgezeigt, wie die Lasten der Sanierung auf Arbeitnehmer und Steuerzahler verteilt wird. Das stösst Lehrpersonen und Staatsangestellten sauer auf, wie gestern erneut deutlich wurde: Man dürfe nicht vergessen, dass auch die Versicherten der beiden kantonalen Pensionskassen Steuerzahler seien, betonte unter anderem BLVK-Direktor Luzius Heil. Dies müsse man berücksichtigen, wenn man über die Lastenverteilung spreche.

Zur Debatte stehen jedoch zusätzliche Beiträge (Lohnabzüge) zur Tilgung der Unterdeckung, von denen der Kanton bis zu 60 Prozent übernehmen würde. Für die Lehrer dürften die zu-

Laut Heils Schätzung müssen die Lehrpersonen nicht nur rund ein Viertel an die Sanierung der BLVK beitragen, sondern rund 30 Prozent, wenn man ihren Beitrag als Steuerzahler einrechne.

Immerhin: Die beiden Pensionskassen haben etwa 70 000 Versicherte; wenn die alle im Kanton Bern wohnen, machen sie stolze 11 Prozent aller Steuerzahler aus.

Dazu kommt, dass das Lohnniveau der Lehrpersonen und Staatsangestellten doch nicht so schlecht ist: Laut Heil zählen sie zu den besseren Steuerzahlern im Kanton. *fab*

sätzlichen Beiträge laut der Regierung 2 bis 2,5 Prozent betragen; damit könnten sie die verfügbaren Einkommen der Lehrpersonen schmälern, da sie höher sind als die bisherigen Sanierungsbeiträge von 1,7 Prozent.

Und wenn man dem Direktor der BLVK, Luzius Heil, glaubt, könnte es noch ärger kommen: Heil geht davon aus, dass die zusätzlichen Beiträge höher ausfallen, als die Regierung meint. Nach seiner Darstellung wurde bei der Berechnung nicht beachtet, dass die BLVK wegen der Unterdeckung nicht 100 Prozent des notwendigen Kapitals hat und deswegen auch nicht die volle Rendite erwirtschaften kann.

Wie schlimm wäre Absturz?

Zur Frage eines Referendums sagte Heil vor den Delegierten nichts. **Dafür nahm der externe Experte der Regierung, Stephan Wyss von Swisscanto, deutlich Stellung:** Er warnte vor einem

Referendum, weil ein Scheitern der Vorlage weder im Interesse der Angestellten noch der Steuerzahler sein könne. Insbesondere kämen in diesem Fall die Vorgaben des Bundesgesetzes zum Zug: Der Kanton Bern müsste seine Pensionskassen innert zehn Jahren sanieren, was laut der Regierung und der Mehrheit der Parteien weder den Angestellten noch dem Staatshaushalt zugemutet werden könne.

Dem widersprach Christoph Zürcher: Es glaube ja niemand im Ernst, dass der Bund diese Vorgaben so durchsetzen werde. Es gebe diverse Kantone, die ihre Hausaufgaben nicht gemacht hätten. Deshalb rechnet Zürcher damit, dass der Bund Bern dann doch mehr Zeit gäbe.

FDP mit Doppelvertretung

Vor den BLVK-Delegierten legten gestern auch vier Grossräte ihre Sicht der Dinge dar, wobei die SVP die grosse Abwesende

PARTEIEN

Warum fehlte die SVP? Vertreter von SP, BDP und FDP konnten gestern vor den Delegierten der BLVK-Versicherten die Standpunkte ihrer Parteien darlegen. Ausgerechnet die SVP fehlte, die nicht nur die grösste Partei im Kanton ist, sondern im Kampf um die Pensionskassen auch eine ebenso pointierte Position vertritt wie die Personalvertreter – einfach am anderen Ende des Spektrums. Die SVP droht mit dem Referendum, weil aus ihrer Sicht die Steuerzahler über Gebühr belastet werden.

Dass die SVP gestern nicht dabei war, lag nicht daran, dass sich ihre Vertreter nicht in die Höhle des Löwen getraut hätten. Vielmehr wurde die Partei gar nicht eingeladen, wie Jürg Boss, Präsident der BLVK-Delegierten, erklärt. Der Verdacht liegt nahe, dass er und seine Kollegen der missliebigen Partei keine Plattform geben wollten. Doch Boss macht «Zeitgründe» geltend: Man habe einfach nicht mehr als drei Parteienvertreter einladen wollen. *fab*

war (siehe Kasten oben). SP-Präsident Roland Näf betonte vor allem, es dürfe keine weitere Reduktion des verfügbaren Lohns der Lehrpersonen geben, was er mit einem Vorstoss sicherstellen will. Samuel Leuenberger (BDP) warnte primär vor dem Referendum und warb für den Kompromiss: Eine Vorlage, die niemanden glücklich mache, aber eine klare Mehrheit zustimme, sei in dieser Situation die bestmögliche Lösung.

Für die FDP sprachen Präsident Pierre-Yves Grivel, der als Lehrer und Schulleiter nicht ganz auf Parteilinie unterwegs ist, sowie Fraktionschef Adrian Haas. In der Sache waren sie sich aber weitgehend einig: Grivel stellte sich ebenfalls hinter den Kompromiss der Kommission. Haas tönte jedoch an, dass die FDP noch punktuelle Korrekturen zugunsten der Steuerzahler vorschlagen will, was nicht gutgegart wurde. *Fabian Schäfer*

ANZEIGE

Erlebnispfad Energiewende

5. Juni bis 7. Juli 2013, jeweils Mittwoch bis Sonntag

Inmitten des Panoramas von Eiger, Mönch und Jungfrau lernen Sie auf einem halbtägigen Ausflug in Grindelwald die Herausforderungen der Energiezukunft kennen.

Ausflugsextras:

- First retour für CHF 20.– statt CHF 57.–
- Tagesteller inkl. Kaffee für nur CHF 15.– (im Bergrestaurant First)
- 50% Ermässigung auf die erste Übernachtung in einem von 11 Holzwärme-Hotels Ihrer Wahl

Alle Vergünstigungen und Konditionen unter www.bkw.ch

BKW

**BKW-
ENERGIE-
WENDE
LIVE**